

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

7 (8.1.1921) Erstes Blatt

Karlsruher Tagblatt

Wagnispreis:
In Karlsruhe frei ins Haus
geliefert monatlich 5.50 M.,
in den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 5.10 M.
Anwärts durch unsere
Agenturen bezogen 5.50 M.
monatlich, durch den Brief-
träger freins Haus gebracht
monatlich 5.05 M., viertel-
jährlich 16.95 M.

**Verlag, Schriftleitung
und Geschäftsstelle**
Hiltlertstraße 1.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Anzeigen:
Die 1. und 2. Nonpareil-Beilage
oder deren Raum 1.50 M.
1.40 M., 1.30 M., 1.20 M.,
1.10 M., 1.00 M., 90 C.,
80 C., 70 C., 60 C., 50 C.,
40 C., 30 C., 20 C., 10 C.,
Abonn. nach Tarif.
Anzeigenannahme
bis 12 Uhr mittags,
kleinere Anzeigen bis
bis 4 Uhr nachmittags.
Fernsprechanstöße:
Geschäftsstelle Nr. 203,
Verlag Nr. 297,
Schriftleitung Nr. 20 u. 204,
Gauverwalter Nr. 277.

Chefredakteur: Hermann v. Paer. **Verantwortlich für Politik:** Martin Polzinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Geibardt; für Konstellation: Karl Fohro und Hermann Weid; für Inserate: Heinrich Schriever. **Druck und Verlag:** C. B. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. **Berliner Redaktion:** Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Bregetraße 65/66. **Telephon-Nr.:** 2902. **Telephon-Nr.:** 2902. **Telephon-Nr.:** 2902. **Telephon-Nr.:** 2902.

118. Jahrg. Nr. 7. Samstag, den 8. Januar 1921. Erstes Blatt

England und Sowjetrußland.

Der Versuch, Sowjetrußland mittels Blockade und Unterstützung revolutionärer Heerführer klein zu kriegen, ist von den Staatskennern an der Themse aufgegeben. Im Unterschiede von Frankreich hat England bekanntlich Wangel in sich gefaßt, wenigstens offiziell. Von einer Anerkennung der Sowjetregierung ist die englische indes noch weit entfernt. Man versucht es mit einem modus vivendi, der darin besteht, daß man die Handelsbeziehungen aufzunehmen trachtet. Unter der Hand, von Seiten von Privatrat, ist der Handel zwar über England bereits schon länger leidlich im Gange, allein mit der Moskower Regierung sich zu einigen und so wenigstens die Handelsbeziehungen amtlich zu regeln, will nicht glücken.

Die Schwierigkeit, über die man nicht hinwegkommt, besteht darin, daß die Moskower Behörde, die alles Privateigentum, auch das der englischen Staatsangehörigen, beschlagnahmt, an sich genommen haben und keinerlei hängende Rechtsansprüche achten. Sie leiten neue Geschäfte ein, machen Bestellungen und kaufen an, ohne auf noch unbefriedigte Gläubiger Rücksicht zu nehmen. Wenn diese sich dadurch schädlos zu halten suchen, daß sie die Zahlungen der Moskower für sich in Anspruch nehmen, so wollen diese es nicht gelten lassen.

Von entscheidender Tragweite ist dieser Tage der Urteilsspruch eines englischen Gerichtshofes geworden. Dieser ist dahingegangen, daß die früheren Gläubiger, selbst auf Kosten, mit Hinanznahme der späteren, zu befriedigen sind. Die Beschlagnahme der von der Moskower Regierung ausgehenden Zahlungen von Seiten der noch unbefriedigten Gläubiger ist demnach als zu Recht bestehend ausgesprochen worden. Der Gerichtshof hat sich dabei darauf berufen, daß die Sowjetregierung nicht anerkannt sei und also für die englische Justiz nicht zu Recht bestünde. Nur wenn dies der Fall wäre, könnte sie sich verbitten, daß man dem in ihre geschäftliche Verfügungen eingreife. Hiergegen legen die Moskower ihrerseits Verwahrung ein. Sie verlangen schlichtweg, daß das englische Parlament diesem Zustand durch ein neues Gesetz abhelfe. Und so kommen die Verhandlungen nicht vom Fleck.

Bevor die englische Regierung die Moskowitzische anerkennt, soll diese zum wenigsten ihre Propaganda für die Räterepublik einstellen, dies vor allem in Mittel- und Vorderasien. Durch die Aufhebung von Georgien, Armenien, Mesopotamien, Persien, der Bulgarei, Beludschistan und Afghanistan fühlt England seinen Zugang nach Indien schwer bedroht. Schon wird dieses selbst in ähnlicher Weise unterwühlt, und dies mit beängstigendem Erfolg. Das gleiche gilt von Ägypten. Auch müßten die Nachbarn an der Moskwa die Schulden des Kaiserreiches übernehmen und die ihres Eigentums beraubten englischen Staatsangehörigen entschädigen. Wie können sie dies, ohne sich selbst den Hals abzuschneiden?

Zu welchen Ungeheuerlichkeiten diese Zustände führen, dafür ein Beispiel. Nach nichts haben die Engländer, schon vor dem Kriege, gierig getrachtet, als nach den russischen Delinquenzen. Ungezählte engl. Gesellschaften hatten sich einen Anteil an diesen gesichert. Die Herren Lenin und Co. haben diese ihrer Verfügung einfach beraubt und wollen nun die Konzessionen neu vergeben. Stillsitzende Kaufleute in England protestieren ihrerseits dagegen, daß die Delinquenzen überhaupt in Besitz des Auslandes gelangen sollen. Da finde sich einer zurecht!

Nicht dem Del kommt für England vor allem russisches Holz und Flachs in Betracht, deren Ansbuhr zurzeit aus und über England bereits im Gange ist. Der englische Schatzkanzler und die Banken hüten am gierigsten jedoch nach dem russischen — Golde. An Gold haben Lenin und Co., indem sie nicht nur den Milliardenbestand der Reichsbank, sondern auch den aller Privatbanken, aller Aktiengesellschaften, aller Privatisten eingezogen haben und auch über die Goldbestände des Urals und Sibiriens verfügen, überreich. Mit diesem ihrem Golde nähern sie in erster Linie ihre revolutionäre Propaganda.

Epaßhaft genug ist, wie sie es gelegentlich verstehen, der Beschlagnahme ihres so begehrten Goldes zu entsagen. So haben sie es, ungeachtet der Wagnisfreiheit der englischen Regierung, verstanden, volle 2.200.000 Yards Abasi aus England zu beziehen und, über Schweden und die Schweiz, abzahlen. Selbstverständlich brauchen sie dieses Abasi zur Bekleidung jener roten Armee, welche die Engländer nicht genug verwirren können. Ihre Bestellung hat so gar 5.000.000 Yards betragen.

Wenn die englischen Kaufleute, Fabrikanten und Fabrikarbeiter gegen die Regierung Sturm laufen und von ihr verlangen, daß sie sich mit Moskauer verhandige, so vermag diese zu entgegnen, daß es nicht an ihrem guten Willen hierzu liege. Die Vorstellung, als sei die so unheimlich anwachsende Arbeitslosigkeit in Eng-

land selbst nicht zum wenigsten bedingt durch das Ausbleiben politisch geregelter Beziehungen zu Ausland, sei nicht stichhaltig. Die völlige Zerrüttung des russischen Eisenbahnwesens und damit der Transportmöglichkeit unterbinde die Ausfuhr mehr als dies die mißlichen Beziehungen von Regierung zu Regierung bedingen. Solange die Lenin und Co. an der Moskwa gebieten, müsse es leider bei dem Privathandel

Demokratie und Anarchie.

6. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gebrannt:

In der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung spielten sich gestern abend politische Kämpfe ab, die alles bisher dagewesene noch beträchtlich übertrafen. Wie immer, hatte eine Anzahl Großstadtkind, angeblich Arbeitslose, ganz gewiß aber kommunistische Wähler, die Tribünen eingenommen und begannen sofort, als die bürgerliche Minderheit mit den Mehrheitssozialdemokraten einer glatten Wiedereinstellung von 33 der Sabotage während des letzten Elektrizitätsarbeiterstreikes überführten Arbeitern zustimmen sollte. Die Verhandlungen durch Lärm und Schimpfworte zu führen. Leider machte sich der unabhängige Präsident dieses Stadtparlamentes Dr. Wenll indirekt zum Mitschuldigen an den unerhörten Ausschreitungen, da er trotz dringender Mahnungen aus dem Hause die Tribünen nicht rechtzeitig durch Polizei räumen zu lassen wagte. Es ließ ihn anstößend recht fakt, als der Tribünenpöbel auch den Mehrheitssozialisten mit dem Galgen drohte und einige halbwegsige Burden sich bereit erklärten, ihnen sofort die Zähne einzuklauen. Auch als schließlich ein Angriff mit Steinwürfen erfolgte, war es nicht der Präsident, der Ordnung schuf, sondern die Mehrheit der Stadtverordneten trat kongregierten den Rückzug an, um in einem anderen Abgeordnetenwahlkleinarbeit zu erledigen; zurück blieben als Sieger die Kommunisten, die mit ihren Brüdern auf der Galerie ihr ostentativen Verbrüderungsgemeinam laut die Internationale aufstimmten. Adolf Hoffmann ließ es sich aber nicht nehmen, zuvor das Tischchen auf das „A“ zu setzen und die Situation ganz klar zu machen, indem er den Tribünenpöbel zurief: „Wenn wir erst die Kommune haben, dann werdet Ihr im Saal sitzen!“

Es ist bemerkenswert, daß joeben auf der württembergischen Landesversammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Stuttgart der Parteivorstand Senator Dr. Peterien eine sehr ernste Mahnung über den Niedergang des deutschen Parlamentarismus gehalten hat. Er hat die allen Vorwürfe gegen die Volkstreppe und das unfruchtbare Parteigewühl wiederholt, die auch an dieser Stelle oft genug ausgesprochen worden sind. Die Ereignisse in dem Berliner Stadtparlament sind keine Zufallserscheinungen, sondern die unvermeidlichen Auswirkungen einer politisch geistigen Verwirrung, die aus Freiheit Willkür, aus Demokratie Anarchie macht und schließlich den Parlamentarismus von heute auf morgen zerstören möchte. Gegen diese Tyrannei und unreife Mahnung muß also der demokratische Parlamentarismus sich vor allem wehren.

Doch am 15. Januar?

(Eigener Drahtbericht.)

W. Berlin, 7. Jan. Nach den letzten Meldungen findet die Wiederaufnahme der Brüsseler Konferenz am 15. Januar statt.

Ententeministersonferenz.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 7. Jan. (Reuter.) Lloyd George und Lord Curzon werden England auf der Konferenz der alliierten Premierminister am 19. Januar in Paris vertreten.

Italien will vermitteln.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Lugano, 7. Jan. Graf Sforza hat dem deutschen Botschafter in Rom erklärt, daß in Italien keine Veranlassung bestünde, an dem Willen der deutschen Regierung, die Vertragsbedingungen zu erfüllen, zu zweifeln. Italien würde Militärmahnahmen gegen Deutschland wegen unzureichender Ausführung des Vertrages nicht auf heben können. Die „Stampa“, die bekanntlich Giolitti nahe steht, berichtet, daß Italien seine Bereitwilligkeit erklärt habe, in dem deutsch-französischen Konflikt über die angeklagten Vertragsverletzungen eine vermittelnde Tätigkeit zu übernehmen.

Reuter wundert sich...

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 7. Jan. Havas meldet aus London: Die Agentur Reuter wundert sich über die französischen Presseäußerungen über eine bedeutende Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und England. Die amtlichen englischen Kreise sind überzeugt, daß eine Verständigung in

mit dem entsprechenden Risiko des Einzelnen sein Bewenden behalten. Die Verständigung zwischen England und Sowjetrußland liegt somit noch in weitem Felde. Auch die Vereinigten Staaten Nord-Amerikas finden nicht die Brücke hinüber. Der russische Botschafter in Washington ist dieser Tage in aller Form abgelehnt, ausgewiesen worden. Nr. 3.

Amerikanische Einseit.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 7. Jan. Die „Chicago Tribune“ veröffentlicht ein Telegramm aus Washington, welches besagt, im Staatsdepartement hege man Verdacht, daß Frankreich das Ruhrgebiet zu besetzen und die Rheinprovinz zu behalten beabsichtigt. Amerika würde ein solches Vorgehen mit aufrichtiger Besorgnis aufnehmen. Amerika sei gegen Strafmaßnahmen, wenn es sich zeige, daß irgend eine Bestimmung des Friedensvertrages unausführbar sei. Amerikanische Sachverständige, auf deren Urteil sich das Staatsdepartement verlassen könne, hätten Washington benachrichtigt, daß Deutschland außerhande sei, eine Anzahl Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen, mit deren Nichtdurchführung Frankreich vielleicht ein militärisches Vorgehen begründen würde.

Das Spiel mit dem Feuer.

(Eigener Drahtbericht.)

Bern, 7. Jan. In einer Erörterung über die Entwaffnung Deutschlands kritisiert die „Neue Zürcher Zeitung“ die Haltung Frankreichs, das mit blindem Auge über die Abstrichung des noch vor kurzem so wehrfähigen deutschen Volkes hinweggeht. Mit der Vorpiegelung der kommunistischen Gefahr in dem Ordnungstaate Bayern hat Simonis allerdings wenig Glück gehabt. Die Regierung der deutschen Republik beuge sich auf einen gefährlichen Weg, wenn sie den irgendeine zur Neuarbeitungspolitik hinneigenden Tendenzen vor den Augen der Entente auch nur den Schein von Unterstützung gewähre. Wir sind, so meint das Blatt, nämlich durchaus nicht der Ansicht, daß die Ordnungspolitik samt Einwohnerwehren eine militärische Gefahr für Europa bilde. Man braucht heute keineswegs, wie es die französische Presse tut, unverhältniß den Marktschall hoch aus der Verrentung aufziehen zu lassen, und an die herkömmlichen Sanktionen zu erinnern. Das Verleiten des Ruhrgebietes wäre ein furchtbares Spiel mit dem Feuer. Im Interesse der Beruhigung der Geister muß man wünschen, daß die ruhige Auffassung Englands auf der bevorstehenden Pariser Konferenz die Oberhand behält.

Freigabe deutschen Eigentums durch England.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 7. Jan. (Wolff.) Wie bereits durch die Presse auf Grund von Londoner Meldungen bekannt gegeben wurde, ist am 31. Dezember 1920 in London ein Abkommen zur Regelung der Fragen, die sich aus den Bestimmungen des Friedensvertrages über die Liquidation von Privateigentum ergeben, unterzeichnet worden. Für die deutsche Öffentlichkeit sind vor allem die Bestimmungen von Interesse, die sich mit der Freigabe des deutschen Eigentums in England betreffen. Danach werden auf Antrag des für die Regelung der Privatgüterrechtlichen Interessen in London einzurichtenden deutschen Bureaus von der britischen Regierung Hausrat, persönliche Gebrauchsgegenstände, Familienandenken und Handwerkszeuge deutscher Staatsangehöriger bis zum Betrage von 500 Pfund freigegeben, sofern die zuständige deutsche Behörde bescheinigt, daß das Einkommen des Antragstellers den Betrag von 400 Pfund nach dem jeweiligen Wechselkurs nicht übersteigt. Die Freigabeanträge müssen innerhalb sechs Monaten nach der Ratifikation des Abkommens gestellt werden. Eine weitere Bestimmung sagt, daß deutsche Staatsangehörige grundsätzlich auf Antrag zu den Mitbütern bei der Versteigerung ihres Eigentums zugelassen werden. Das Abkommen, das mit der Ratifikation in Kraft tritt, wird, wie wir hören, den absehenden Körperschaften zur Genehmigung vorgelegt werden.

Polnische Truppen gegen die Tschechoslowakei?

(Eigener Drahtbericht.)

W. Prag, 7. Jan. Man beschäftigt sich hier lebhaft mit den polnischen Truppenbewegungen, die von der Grenze gemeldet werden und von denen man annimmt, daß sie einen feindseligen Charakter gegen die Tschechoslowakei tragen.

Statt Brüssel — Paris.

Aus Paris wird uns über Genf unterm 6. Januar berichtet:

Die Brüsseler Wiedergutmachungskonferenz ist also endgültig verfallen, und alles politische Interesse in Frankreich richtet sich gespannt auf die Pariser Zusammenkunft der alliierten Minister, die auf den 19. Januar angesetzt ist. Die wenigen Tage der Zwischenzeit werden natürlich von Presse und Regierung gründlich ausgenutzt, um Deutschland schlecht und England in seinem Verhältnis zu deutschfreundlichen Standpunkt schwanfend zu machen. Die Pariser Zeitungen wollen aus allen möglichen maßgebenden Quellen wissen, daß Frankreich sich mit der letzten deutschen Antwort auf keinen Fall zufrieden geben könne. Wenn die Deutschen erklärten, sie könnten die Entwaffnungsbestimmungen nicht im vollen Umfange durchführen, weil die Verbündeten Unmögliches verlangten hätten, so sei dies, schrieb z. B. der „Petit Parisien“, ein plumper Scherz, dem die französische Regierung nicht einmal die Ehre einer Erwiderung erweisen dürfe. Alles müsse fest dem Obersten Rat überlassen werden. Die deutsche Regierung habe sich in ihrer Antwortnote mehrere Hintertüren offen gehalten. Man denke dabei besonders an den Vorbehalt der „unerwarteten Ereignisse“, sowie an die in der Note erwähnte Möglichkeit, daß die Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen außerhalb von Bayern und Thüringen vielleicht in einige Ferne angehängt der großen Zahl dieser über das ganze Reich verteilten Organisationen selbst über den Februar hinaus verzögert werden könnte.

Die französische Aufregung, vor allem der Jura gegen England wird erst verständlich, wenn man sich gegenwärtig hält, daß die französischen Politiker fast aller Richtungen, mit der einzigen Ausnahme Hervey, im Hinblick auf die vollständige Abstrichung Deutschlands eine Parteinahme für die deutsche „Reaktion“ sehen. Es ist wie eine falschverstandene Kopie der einseitigen Bismarckschen Politik: Der bestesegener muß in der Schwäche republikanischer Einrichtungen erhalten werden, jede Neigung zu monarchistischer Wiedergeburt ist in Keime zu erlöchen. Daher werden im Sprachgebrauch der französischen Presse die deutschen Linksparteien als die gefunden und zukunftsreichen Kräfte, die Rechtsopposition als eine korrupte Gesellschaft bezeichnet, und da sich auch alle Kurcht gern in einem persönlichen Namen konzentriert, ist in den Pariser Zeitungen fast von Ludendorff so oft und in einer Weise die Rede, als ob er nicht in München still seinen Garten bebaut, sondern schon wieder im Berliner Generallstab sitze und einen neuen Feldzug bebrüte.

Mit ganz besonderem Eifer wird in der französischen Presse die Unstimmigkeit des englischen Kabinetts betrieben. Zuerst drohte man der englischen Pariser Regierung, wenn sie etwa in der Entwaffnungsfrage nachgäbe, so habe sie die befristeten Anträge aller Parteien zu erwarten und ein Sturz des Ministeriums Lequeres sei die unausbleibliche Folge. Ministerpräsident Lequeres ließ sich das nicht zweimal sagen. Er gab den Dief weiter. Er drohte in London mit einem „Kabinet Poincaré“. Natürlich ein Bluff, der zwar nicht im tiefsten London, aber überraschenderweise im tiefsten Paris ernst genommen wurde. Der Abgeordnete Dennold will Lequeres beim Wiederzutritt der Kammer interpellieren, warum die Regierung die Verpflichtungen, die sie dem Lande gegenüber auf sich genommen hat, nämlich Deutschland zu entwaffnen, nicht erfüllt habe. Die Interpellation soll zu einem Mißtrauensvotum dieses zum Sturz des Kabinetts führen. Über der Klage laut vor. Lequeres, der taktische Fähigkeiten entwickelt, die man nicht von ihm erwartet hat — offenbar führt ihm Millerand die Hand — läßt in der Deffentlichkeit durchblicken, daß er am nächsten Dienstag abtreten, sofort aber ein neues Kabinet bilden werde. Er an der Spitze und wieder als Auslandsminister, Raiberti bleibt Kriegsminister. Eine merkwürdige Demission, bei der alles Wesentliche bleibt wie es ist. Denn auf die Herren Marial, Ogier, Ricard, Honnorat, Carrant, Jourdain, Poupoteau, Le Trocquer und wie sie alle heißen, kommt es für die deutsche Entwaffnung doch gar nicht an.

Durch solche Krisenrohungen läßt sich die neue englische Politik kaum einschätzen. Lord George ist zwar schon oft umgefallen, wenn die französische Meinung mit vollen Backen hieß, aber nach der halbamtlichen Verkaufbarung des Reuterbureaus kann der britische Premier nicht mehr sehr weit zurückweichen. Einige Pariser Blätter behaupten sich auch bereits bei dem Gedanken, daß eine mittlere Lösung zustande kommt, bei der man eine Verminderung der deutschen Bürgerwehren, aber nicht ihre restlose Auflösung verlangt. Es wird zwar neue Schwierigkeiten bieten, den Grad der Verminderung festzulegen und die Durchführung zu überwachen. Aber für Deutschland wird es immerhin eine Genugtuung sein, daß man seinen Standpunkt und seine Sorgen anerkennt und die leidige Dreiecksfrage nicht mehr zum Anlaß immer neuer Duellereien macht.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Außenpolitische Umschau.

In parlamentarischen Kreisen ist die Umbildung des französischen Kabinetts in den zwei Wochen bis in der interalliierten Ministerkonferenz als wahrscheinlich. Man nimmt an, daß Leguay beim Zusammentritt des Parlamentes am Dienstag den Rücktritt des Kabinetts ankündigt und den Auftrag zur Neubildung übernimmt wird. Der Ausschall der Senatwahlen am Sonntag wird hierbei unter Umständen einen entscheidenden Einfluß ausüben, denn nicht weniger als 5 Minister werden bei den Senatwahlen kandidieren.

Nach einer Meldung des „Corriere della Sera“ aus Rom werden die Bemühungen bei der bevorstehenden Ministerkonferenz vor allem auf eine Vermehrung der Kohlenlieferungen gerichtet sein. Nach dem Geiste des Friedensvertrages hält man es für sinnvoll, daß die deutschen Kohlenlieferungen an Frankreich allmählich abnehmen, wogegen eine Erhöhung der Lieferungen an Italien um 50 Prozent gefordert wird.

In einer russischen amtlichen Kundgebung heißt es: Die Regierungen des Westens sehen die Verwirklichung der Unterzeichnung des Genèververtrages als einen Punkt der Stärke der englischen Industriellen nicht, auf eigene Gefahr und Wagnis zu schließen. Der Handel mit den neutralen Ländern nimmt immer mehr zu, besonders aber mit Schweden. Wie weit die Bedeutung Sowjetrusslands gestiegen ist, ist daraus ersichtlich, daß der sogenannte Völkerbund, der beschlossene, die futurische Stadt Wilna mit fremden Truppen zu besetzen, diesen Beschluß auf den Protest Russlands hin fallen gelassen hat. Die bürgerlichen Regierungen des Westens haben die Stärke Sowjetrusslands. Millionen von Arbeitern des Westens werden den revolutionären Weg des Kommunismus einschlagen. Wir müssen die Stärkung Sowjetrusslands völlig durchführbar. Zur Unterstützung unserer Industrie ist eine intensive Vorbereitung zur Aufnahme von Spezialisten aus Deutschland in die Wege geleitet. Es wird beabsichtigt, aus Deutschland 5000 Spezialisten anzufordern, davon 4000 für die Metallindustrie und 300 für das Volkswirtschaftsamt und das Gesundheitswesen.

Aus der letzten Rede Trotskis im Rätekongress werden nachträglich folgende Ausführungen bekannt: Wir hoffen, bis zur Mitte des nächsten Sommers die Armee um die Hälfte zu verringern, vorausgesetzt, daß sich keine Komplikationen einstellen. Wir werden die Desertionsfälle herabsetzen, ohne die Armee zu schwächen. Zudem wird in vorläufiger und systematischer Weise unsere Armeen demobilisieren, können wir sie trotzdem nicht ohne Reservisten im Lande lassen. So müssen wir das Militärwesen einschränken, indem wir uns auf die Erprobung, die wir in dreißigjährigen schweren Kämpfen und Niederlagen gemacht haben, stützen. — Das neue Zentral-Exekutiv-Komitee besteht aus 300 Mitgliedern und 100 Kandidaten. Die vorgeschlagene Liste wurde einstimmig angenommen. Das neue Zentralkomitee besteht zu zwei Dritteln aus Delegierten der Provinzen und zu einem Drittel aus Vertretern der Zentral-Institutionen.

Wie die Staatskorrespondenz meldet, hat der österreichische Bundeskanzler Mayer in den letzten Tagen in Begleitung der Bundesminister für Finanzen und Volkswirtschaft bei den in Wien beurlaubten Vertretern der Großmächte vorgeschlagen, um ihnen die sich immer kritischer gestaltende finanzielle Lage auszusprechen, wobei er betonte, daß die Staatsausgaben in der letzten Zeit derart gestiegen hätten, daß mit dem Zusammenbruch der Staatswirtschaft in nächster Zeit gerechnet werden müsse, wenn nicht ohne Verzögerung durch die von der Reparationskommission seit einigen Monaten beantragten Anstaltskredite der weiteren Entwertung der österreichischen Krone und damit einer neuen Preissteigerung Einhalt geboten werde. Die Vertreter der Großmächte bekundeten für die Notwendigkeit einer raschen Hilfe besonderes Verständnis und sahen zu, ihre Regierungen unverzüglich in Kenntnis setzen zu lassen.

In der italienischen Kammer ist der Bericht des Ministers des Äußeren über den Anlauf des Palazzo Vecchio als Sitz der deutschen Botschaft in Rom erteilt worden, wofür 4 Millionen Lire angefordert werden. Das Dekret über die Einweihung des Palazzo Castellani, des früheren Sitzes der deutschen Botschaft, ist eine Entschädigung von 2 Millionen Lire für Deutschland vor, womit jedoch Deutschland sein Einverständnis nicht erklärt hat. Der Senat bleibt Befürworter des Palazzo Vecchio und tritt für Deutschland zur Verwendung als Botschaftsgebäude ab. Der Bericht hebt die Freundschaft und die Zusammenarbeit zwischen Deutsch-

land und Italien besonders auf wirtschaftlichem Gebiete hervor und betont, daß Eritrea und Frankreich ohne weiteres die beschlagnahmten Botschaftsgebäude in London und Paris freizugeben haben.

Holländische Unfreundlichkeit.

Berlin, 7. Jan. Nach Mitteilung der holländischen Presse hat die Vereinigung der Hotelbesitzer in Antwerpen beschlossen, den im Januar erwarteten deutschen Interessenten, die über die Wiederanfrüpfung der Handels- und Schiffsverkehrsbeziehungen mit Belgien verhandeln wollen, keine Unterkunft zu gewähren.

Das englisch-russische Abkommen.

Paris, 7. Jan. Nach einer Savasmeldung aus London meldet Reuters, daß eine grundsätzliche Einigung mit Krasin über die sachlichen Punkte des russisch-englischen Abkommens zustande gekommen ist. Man rechnet damit, daß die Verhandlungen demnächst zu einem endgültigen Abschluß kommen werden.

Die indische Vizekönigsfrage.

London, 7. Jan. Das Vizekönigtum von Indien ist dem jetzigen Justizminister Lord Ridding angeboten worden. Er heißt eigentlich Rufus Isaacs und ist der Sohn eines jüdischen Kaufmannes. In seiner Jugend war er Schiffsjunge, wurde später nach Deutschland geschickt und erzielte dann als Geschäftsmann und Advokat große Erfolge. Als Protest gegen diese Ernennung reichte der Kolonialminister Lord Willner seine Entlassung ein. Man ist gespannt, wie dieser Zwist entschieden wird.

Typhus in Cherson.

W. Nikolajew, 7. Jan. In Cherson herrscht eine starke Typhusepidemie. Täglich erkranken bis zu 300 Personen. Es sind nur zwei Quarantänen vorhanden. Die Erkrankungen unter dem medizinischen Personal übersteigen 60 Prozent.

Die Finanzlage des Reiches.

Berlin, 7. Jan. (Wolff.) In der heutigen Sitzung des finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates legte Reichsfinanzminister Dr. Wirth die Finanzlage und die Defizitvoranschläge des Finanzministeriums für den vorhandenen Fehlbetrag dar. Der Reichshaushalt wird neuerdings wieder dadurch eine sehr erhebliche Belastung erfahren, daß das Kabinett in Abwesenheit des Finanzministers beschlossen hat, den Forderungen der Eisenbahner entgegenzukommen. Falls diese Forderungen begünstigt werden sollten, würde das eine Mehrbelastung von etwa 6 Milliarden Mark ergeben. Dazu kommen aber noch die Erbschaftsprüfung der Gemeinden und Länder. Der Finanzminister erklärte, daß seine Stellung davon abhängt, daß für die Bewilligung der Forderungen auch die Deckung sichergestellt würde. Dr. Wirth sah in diesem Sinne die Erhöhung der Fahrgebühren neben verschiedenen Steuern als Deckungsmöglichkeit ins Auge. Nach der Auffassung des Finanzministers würde sich in öffentlichen Einnahmen eine Mehrbelastung von mindestens 7 Milliarden Mark ergeben. Ein weiterer Ausbau der direkten Steuern sei unmöglich. Nach der bisherigen Steueremethode können die angeblichen Bedürf-

nisse des Reiches erst nach der Festlegung der Entschädigung an die Feinde festgesetzt werden. Dazu muß ein einziger Weg eingeschlagen werden. Insbesondere wird sich zeigen, daß jede Finanzpolitik letzten Endes Wirtschaftspolitik ist. In die Ausführungen schloß sich eine lebhaftige Aussprache.

Des Reiches Dank an Spanien.

Berlin, 7. Jan. Der Reichspräsident hat durch Vermittlung der deutschen Botschaft in Madrid dem Könige von Spanien ein Schreiben überreichen lassen, um ihm tiefgefühlten Dank auszusprechen für die Vereinnahmung der Schutzhändler bis weit über die Wiederherstellung des Friedenszustandes ausgebreitet hat, und für die unermüdbliche und gegenwärtige Arbeit, die im deutschen Interesse von den spanischen Behörden geleistet worden ist. Insbesondere drängt es mich, heißt es in dem Schreiben weiter, auch zu danken für alles, was darauf abzielt, das Verden der duldenden Menschheit zu lindern. In voller Unparteilichkeit fand Em. Majestät dauernd beirätet gewesen, dort sich ins Mittel zu legen, wo harte Schicksal gekündert werden konnte, und viele Deutsche verdanken diesem edelmütigen Eintreten Änderung der Qualen der Gefangenenschaft, Leben und Gesundheit.

Förderung des Wohnungsbaues.

Der Ausschuss des Reichswirtschaftsrates für das Wohnungs- und Bauwesen hat in seiner gestrigen Sitzung am Donnerstag mit dem von der Regierung erneut vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues, in dem teilweise frühere Vorschläge des sozialpolitischen Ausschusses aufgenommen worden sind. Wesentlich abweichend davon ist die Festsetzung der Steuerhöhe, worauf Oberbürgermeister Dr. Ender als Berichterstatter hinwies. Früher waren 15 Prozent des Mietwertes bei einer Erhebungsdauer von 10 Jahren vorgesehen. Der Regierungsentwurf setzt nun 5 Prozent fest. Das Gesetz würde mit einigen Änderungen mit allen Stimmen gegen die Dr. Eubers als brauchbar erachtet. Dr. Eubers bezieht sich vor, im Plenum des Reichswirtschaftsrates einen Antrag auf Erhöhung des Steuerfußes einzubringen, gegen dessen Niedrigkeit sich seine Ablehnung allein richtet.

Die Verhandlungen mit den Beamten.

wurden in Berlin am Freitag fortgesetzt. Im Reichsfinanzministerium begannen die Verhandlungen mit dem Deutschen Beamtenbund, der in seinen Forderungen über die den Eisenbahnen gemachten Zugeständnisse hinausgeht. Er sträubt sich dagegen, daß die Erhöhung der Leertarntarife nach Krisistoffen abgelehnt wurde, und findet die prozentuale Erhöhung dieser Zuschläge, wie sie mit den Eisenbahnen vereinbart wurden, zu niedrig. Andererseits hält das Reichsfinanzministerium an der Erhaltung nach Krisistoffen fest, um Ungerechtigkeiten zu vermeiden, und will über die mit den Eisenbahnen vereinbarten Sätze nicht hinausgehen. Im Reichs-Verkehrsministerium wurden die Verhandlungen mit den Eisenbahnen weitergeführt. Im Namen einer größeren Anzahl seiner Kollegen sendet ein Eisenbahnbeamter der „Post. An.“ den Vorschlag einer freiwilligen neunten Dienstklasse zur Hebung der Produktivität der Reichs-Eisenbahnen.

Die Reichsgründungsfeier der bayerischen Schulen ist nach einer Meldung unseres Münchener Korrespondenten vom Kultusministerium dahin geregelt, daß am 18. Januar in den Schulen der Einigung des Reiches in angemessener Weise gedacht wird. Schulfeiern und Preisgäbe des Tages sollen nicht erfolgen. Dagegen werden die Klassenlehrer und die Lehrer für Geschichte in einer Ansprache unter besonderer Hervorhebung der Tatsache, daß Bayern voll und ganz dem Reiche die Treue halten werde, auf den Tag hinweisen.

Im Verwaltungsausschuß des Münchener Stadtrats brachte Sparnagel einen Antrag ein, den 50. Geburtstag der Reichsgründung offiziell zu begehen.

Der Antrag wurde mit 12 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Der sozialistische erste Bürgermeister Dr. Schmitt sprach sich gegen, der demokratische zweite Bürgermeister Dr. Kuhnner für den Antrag aus.

Aus den Parteien.

Demokratischer Parteitag in Württemberg.

Die alte Liebling der früheren Volkspartei Württemberg, den Parteitag am Dreißigsten in Stuttgart abzuhalten, ist von der Deutschen Demokratischen Partei übernommen worden. Am Tage vorher tagte im Konserthaus der „Liederhalle“ eine sehr stark besetzte Vertreterversammlung, in der nach kurzen Begrüßungsworten des Landespartei-Vorsitzenden Konrad Hausmann der geschäftsführende Vorsitzende Hopf in seinem Geschäftsbericht u. a. bemerkte, der Stimmenrückgang der Partei sei zum Teil auf die Haltung der Landorte zurückzuführen, während in den Städten die Partei sich habe halten können. Die Gründe seien die Erregung über die Sozialpolitik, die Vorwürfe gegen die Regierung, die doch allein den völligen Zusammenbruch des Staates verhindern habe, die Ungegnung der Menschen und die Haltung der Entente. Die geschulten Politiker der ehemaligen Nationalliberalen Partei seien aus vollem Herzen bei der Partei geblieben. Abwesend sei das Freigeist, wegen dessen die Partei, denen die Demokratische Partei nicht vornehm genug sei, ferner die, die bei Ausbruch der Revolution in der Württembergischen Demokratischen Partei eine Art Verführerschaft für ihr Leben und Vermögen erhalten zu haben glaubten. Aus dem durch das Wirken der Demokratie verfassungsmäßige Zustand erreicht worden seien, hätten diese Leute für das Parteizustand, für die noch gar nicht unternommene Sozialreform usw. Nach nehmen wollen, und diese Stimmung sei durch eine propagandistische Aktion der Rechten angeknüpft worden. Konrad Hausmann sprach über die wichtigsten Vorläufer des förmlichen Parteitagstages 1920. Nach seiner mit förmlichen Befehl anfangenommen Rede erfolgte die Ernennung des Vorsitzenden. Wie schon früher mitgeteilt, trägt sich Hausmann schon lange mit dem Gedanken, vom Amt des Vorsitzenden zurückzutreten. An dieser Arbeit hielt er fest und sollte als seinen Nachfolger den Hofrat Abgeordneten E. K. Hausmann vorschlagen, der dann auch durch einstimmige Wahl gewählt wurde. Als Gäste waren auf dem Parteitag u. a. anwesend: Minister Summet, Präsident Dr. Stöcker, Landtagsabgeordneter Freudenberger und der bayerische Landtagsabgeordnete Dr. Hammerstein. Der Parteivorstand Dr. Peterken sprach über die Erneuerung des Parteiprogramms, Konrad Hausmann über nationale Wirtschaftspolitik und Frau Dr. Gertrud Hausmann über Wirtschaft und Demokratie. Durch die Tagung ergab sich ein starker nationaler Zug; Brudmann schloß sie mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland.

Aus der Deutschen (liberalen) Volkspartei.

Der geschäftsführende Ausschuss des Landesverbandes der Deutschen (liberalen) Volkspartei hielt am Donnerstag in Karlsruhe eine Sitzung ab, in der die Sachlage der Partei im Hinblick auf den Parteitag am 22. März in Karlsruhe und den Parteitag am 21. und 22. Mai in Baden-Baden abgehandelt wurde. Da der Abg. Dr. K. Hausmann durch seine parlamentarische Tätigkeit in Berlin in Anspruch genommen ist, werden die Geschäfte des Landesverbandes vorläufig durch Prof. Max Weber in Baden-Baden und Oberamtsrichter Dr. Koch in Heidelberg geführt.

Badisch-württembergischer Zentrumsparteitag.

Die Zentrumsparteien Württembergs und Badens hielt am Donnerstag in Friedrichsdorf einen gemeinsamen Parteitag ab. Der große öffentliche Kundgebung am Nachmittag ging am Mittwoch abend und am Vormittag eine vertrauliche Besprechung voraus, an der u. a. auch der Vorsitzende der badischen Landtagsfraktion, Geffl. Rat Dr. Schöfer, der badische Justizminister von Brentano, der frühere Reichsfinanzminister Erberger und Vertreter von Vorstand teilnahmen. Zur Versammlung am Nachmittag war eine überaus große Zahl von Freunden der Zentrumsparteien aus Württemberg und Baden erschienen. Als erster Redner sprach der württembergische Reichs- und Landtagsabg. Andre über wirtschaftliche Fragen. Abg. Universitätsprofessor Dr. Bauer von Tübingen behandelte kulturelle Fragen. Ueber die auswärtige Politik berichtete Abg. Dr. Schöfer und forderte die Versammlung auf, sich für die auswärtige Politik zu interessieren, da ihre Leitung eben-

Kunstverein.

Eine Ausstellung, die keine Gemälde, sondern ausschließlich Graphik bringt, ist ebenso ungewöhnlich, wie sie nur bei einem besonderen Anlaß gerechtfertigt ist. Der liegt allerdings vor. Der hiesige Verein für Original-Radierung hat die ersten fünfundsiebzig Jahre seines Bestehens hinter sich und veranstaltet eine Rückschau über seine bisherigen Leistungen. Die sind nicht gering und umfassen ein wertvolles Stück deutscher Graphik überhaupt.

Als man in Karlsruhe zu radieren anfing, hatten Peter Palm, Karl Stauffer, Max Klingner und einige wenige andere die graphische Kunst in Deutschland schon zu Ehren gebracht, wo sie lange vernachlässigt gewesen war. Im Ausland hatten der Franzose Legros, die Engländer Strang und Whistler, der Schwede Anders Jörn, der Belgier Rops und andere die Kunst der Radierarbeit schon aufs Feinste ausgebildet, als in Karlsruhe der Verein für Original-Radierung gegründet wurde, um der Graphik eine Pflegestätte zu schaffen. Damit war der Boden für eine Schule vorbereitet, aus der einige der ersten Schwarz-Weiß-Künstler der Gegenwart hervorgegangen sind. Hierüber gibt die gegenwärtige Ausstellung ein lüdenloses Bild und stellt zu eine Geschichte unserer Graphik in Original-Druck dar.

Die Anfänge waren noch unsicher und tastend. Den meisten Vertretern aus den Jahren 1894 und 1895 schwärzte noch der Gedanke einer Bildwirkung vor Augen, die von den Bedingungen der Delmalerei abgeleitet war. Man suchte mit der Platte Gemälde zu reproduzieren oder, was viel schlimmer war, man trat mit der Photographie in Wettbewerb. Dafür ist das Treppenhaus aus der ersten Mappe ein abschreckendes Beispiel, während P. v. Havenstein's „Fischhandel“ einen guten Beleg für die erste Tendenz liefert. Dagegen zeigen die „Kühe“ von Paiss, daß der richtige Weg schon erkannt und mit Erfolg beschritten war. Auch in der zweiten Mappe verwirrt noch der Bildbegriff die Leistung. Schönluber, der ja im ganzen wenig radierete, ging mit seinen „Pflanzen“ auf ähnliche Wirkung aus wie bei seiner Malerei. Mit Hans v. Volkman stellte sich aber schon ein Zeichner ein, der einige seiner besten Schöpfungen der graphischen Kunst verdanken sollte. Einen ersten Sieg der reinen Linienkunst errang E. A. Weich im dritten

Jahr (1896) mit seinen „Blumen“, die nur in der Auswahl und Anordnung etwas von Japanismus dem aufsteigenden Jugendstil verspüren lassen. Dies trifft auch für das ornamentale Meister bei Franz Heim zu, während Kalmorgen mit seinen Blättern aus Chioggia schon einen feinen Beleg für Landschafts-Radierung zuwege bringt. Mit dem Jahr 1897 erreicht Kalmorgen in seinen Dampfern auf der Elbe eine absolute Vollkommenheit. Hier spielt man das leichte Spiel der späten Radel auf der Kupferplatte in jedem Strich, hier ist flotte Handschrift und kein Zweifel an Aufwand. Weniger günstig ist den Abzügen dieser Mappe der Seidengrund mit seinem algerischen Schein.

Das Jahr 1898 bringt eine Erweiterung des gepflanzten Gebietes durch die Aufnahme der Lithographie. Mit ihr stellt sich Karl Hofer ein, dem die nächsten Jahre einige der charaktervollsten Leistungen in flüchtiger Aquatinta-Manier verdanken. Das gleiche Jahr 1898 führt auch den ersten Walter Conz vor, welcher bald das eigentliche Haupt und der Lehrmeister der Karlsruher Graphik werden sollte. Achtzehn Jahre war er erster Vorsteher des Radier-Vereins, und ein gut Teil des Erfolges ist sein persönliches und feilschwillig anerkanntes Verdienst. 1899 kommt E. A. Weich mit einer außerordentlich feinen Radierung, Hofer mit dem geheimnisvoll farrukaturistischen Blatt einer toten Gesellschaft, das den Einfluss des Spaniers Goya verrät. Dieser wirkt auch in den alten Frauen von E. A. Weich vom Jahr 1900, wie in den Spaziergängerin Hofers. Dasselbe Jahr 1900 glänzt durch die erstmalige Anwendung von Hans Thoma, der dem Verein dauernd treu bleibt und eifrig seiner allerersten Blätter in dessen Wappen stiftet, so gleich eine prachtvoll rein in Linien radierete Landschaft und ein Selbstbildnis. 1901 ist er mit einem überaus stark wirkenden Frauenkopf vertreten, 1904 mit dem bergankelnden Wanderer, 1905 mit dem Wunderdämon, 1915 mit dem Christof, 1917 Meeresskamp, 1918 Triton und Neride, 1919 das Licht und leicht behandelte Blatt vom Gardasee, — um aus seiner Serie einiges herauszugreifen.

1901 zeigt sich Hofer in dem Blatt vom Ständehaus als reiner Radierer, zu dem sich jetzt in Danneisen und Schinnerer zwei geborene Graphiker von großer Bedeutung ge-

jellen. Aus diesem Jahr ist auch das feine, wie ein alter Stich behandelte Gelein von M. Roman zu beachten. Schinnerer, Danneisen, Weich bestimmen neben Thoma je eine zeitliche Höhe der Mappe, so auch in der ganz vortrefflich gelungenen vom Jahr 1903, in der sich neben Daur zum ersten Mal S. Wähler meldet.

1905 erfährt das graphische Gebiet eine Erweiterung durch den Holzschnitt, den E. R. Weich zuerst einführt und zwar gleich mit einem Meisterwerk, dem Blumen-Weiden, das an allerbeste Ueberlieferung anknüpft. Zu den gelegentlichen Radierern gehört dann 1906 und 1907 Wiltz, Trübner mit seinen ungemein klar modellierten Bildnissen von Großherzog Friedrich I. und Friedrich II. 1908 und 1909 kommt Babberger zu Wort mit linear streng kompositionell aufgebauten Blättern. Ähnlich in der künstlerischen Absicht aber etwas näher an der Natur bleiben die groß gesehenen Gestalten von Fritz Hausmann. Nun folgt jedes Jahr einen neuen Namen zu dem alten Stamm, und mit jedem vermehrt eine neue Individualität, den sich immer reicher entfaltenden Zusammenflang. Vereinzelt bleiben die Gastspiele von W. Süss und W. Steinhäuser und auch (leider) von Hans Weid, der bald zu den bekanntesten Radierern Deutschlands zählen sollte. Aber die jüngere Generation zeigt eine Reihe von Künstlern von ausgesprochen graphischer Begabung, deren Handschrift mit der Radel flott, sicher und unerkennbar ist. So Will Galzer (1911) der an Whistler erinnert, der poetische und zarte A. Riedel, der mit der Zeit zu gut und klar abgegrenzten Kompositionen fortschreitet und zuletzt in seinen Radierungen zu den fabelnlosen ein schön abgerundetes graphisches Werk vollendet. Dann H. Kupper Schmidt (1912), der schmissig, flott und treffsicher arbeitet; Schlichter mit gut gezeichneten Lithographien; Goebel mit impressionistisch wirkungsvoller angepaßten Radierungen und Steinzeichnungen; B. Leunhard, dessen Köpfe und Akte durch klare Modellierung ausfallen; Volksweltler, Pöfferle, Barth usw.: eine stattliche Reihe von Namen, die nicht bloß der Karlsruher, sondern der deutschen Graphik zum Ruhm gereichen.

Lithographie und Holzschnitt erfahren eine Belebung durch die einflussreiche Persönlichkeit Hausmanns, während W. Conz durch Vor-

bild und Lehre für die Radierung die tonangebende Kraft bleibt, die jeder Individualität Spielraum zur Entfaltung läßt.

1919 stellt sich S. Württemberg mit seinem Geiste in klarer Holzschmitt-Technik ein, die noch besser, edler und entwicklungstreuer in seiner ergreifend schönen Folge von Jesu Wandel in der Karwoche herauskommt. Hier kehrt der Holzschnitt in der Vereinigung von Bild und Schrift zu den allerfrühesten Anfängen seiner Entwicklung im 15. Jahrhundert zurück, die gleichzeitig einen absoluten Höhepunkt darstellen. In jene Zeit und an jene Qualitäts-Stufe reicht ebenbürtig Gustav Wolf hinan mit seinem Flugblatt, das Text und Ornament zu unlösbarer Einheit verknüpft.

Wir haben jetzt schon die Mappen verlassen und uns zur Ausstellung von Einzelwerken der Mitglieder des Radier-Vereins gegeben, wo zu den alten Bekannten noch manch beachtenswerter Name neu hinzutritt, so z. B. H. Hildenbrand, Greve-Lindan, Zähringer (eindrucksvolle Holzschmitten und Radierungen), Kemping, Hausmann, dieser mit sein gestochenen Blättern in der Art des 18. Jahrhunderts; Liebert, Wolfsberger usw.

Außerordentlich lehrreich, anregend und voll künstlerischer Eindrücke ist diese Ueberschau über das graphische Werk hiesiger Künstler aus dem verflochtenen Wertesfahrhundert. Der wandelbare Geist der Zeit spiegelt sich formal und Stofflich darin, so wenn 1914 auf einmal auffallend viel Kriegsbilder einsehen, oder wenn in den spätesten Blättern von Schlichter, die großstädtische Note des Futurismus oder bei Babberger eine streng-formale Kompositionsmethode einsetzt, die an den Expressionismus anknüpft. Im allgemeinen wahr ist die Radierkunst den ihr inne wohnenden Drang, die Wirklichkeit scharf, schnell und persönlich auf die Platte zu schreiben oder ein inneres Gefühl, einen poetischen Gedanken unmittelbar festzuhalten. Hans Thoma hat bei dem getan und gekonnt. Wie sonst ist er auch hier der überragende Meister, der Inbegriff unserer heimischen Kunst. Bei dem Geist und Technik in den besten Blättern hat zu reiner Kunst verschmolzen. E. C. Desterling.

Neu zugegangen: Werke des Vereins für Originalradierung Karlsruhe.

aus in die Hände des Volkes gelegt sei. Reichsblattsabg. Erzbischof warf einen Stein in das Jahr, das eben begonnen würde.

15. Geburtstag Ludwig III.

Der frühere König von Bayern Ludwig III. den 15. Januar 1875. Die nicht sozialistischen Blätter gedachten in herzlichen Worten seines vorbildlichen Wirkens. Die 'Bayerische Staatszeitung' schrieb u. a.: 'Jeder gute Bayer erinnert sich erneut voll Dankbarkeit, was der große Herr in einem langen Leben voll ehrlichen Strebens geleistet hat und wünscht ihm von ganzem Herzen einen friedlichen und getragenen Lebensabend.'

Für Oberschlesien!

Man schreibt uns: Deutschland steht wieder vor einer großen Stunde seiner Geschichte! In wenigen Wochen soll die Abstimmung in Oberschlesien darüber entscheiden, ob dieses wertvolle Stück deutschen Landes mit seinen reichen Bodenschätzen, seiner hochentwickelten Industrie und seiner stolzen deutschen Kultur dem Vaterlande erhalten bleibt. Die deutschen Brüder in Oberschlesien haben bis heute getan, was in ihren Kräften steht, um ihre Heimat für Deutschland zu retten. Seit Monaten stehen sie in erbittertem Kampfe mit den Polen, die kein Mittel unversucht lassen, auch diesen Teil der deutschen Heimat an sich zu reißen. Die Oberschlesier aber kämpfen bei aller Ausopferung allein diesen Kampf nicht zum erfolgreichen Ende führen. Sie bedürfen gerade in diesen Tagen der Entscheidung der moralischen und vor allem der finanziellen Unterstützung des ganzen deutschen Volkes. Es wäre ein Verbrechen an der deutschen Volksgemeinschaft und der deutschen Kultur, an der Einheit des Reiches und der Ehre unseres Namens, wenn das deutsche Oberschlesien unter polnische Joch gezwungen würde. Mit dem Übergang an Polen, dessen Wirtschaftsleben noch viel unter dem des Deutschen Reiches steht, wäre der wirtschaftliche und kulturelle Niedergang Oberschlesiens besiegelt. Was deutscher Geist und deutscher Fleiß in fast tausendjähriger Arbeit vollbracht haben, wäre dem Untergange geweiht. Denn Oberschlesien braucht Deutschland als Hinterland, als Absatzgebiet, wird es vom Reiche getrennt, dann wäre ihm die beste Lebensmöglichkeit genommen. Aber Deutschland braucht auch Oberschlesien! Bei der Abstimmung geht es nicht allein um eine Ehrenfrage des deutschen Volkes, die Zukunft Deutschlands ist aufs engste verknüpft mit dem Schicksal Oberschlesiens. Nachdem der Friedensvertrag von Versailles uns die besten Erzeugnisse der Landwirtschaft, unsere deutschen Kornkammern in Polen und Westpreußen, genommen hat, nachdem wir in Elsaß-Lothringen unerschöpfbare wirtschaftliche Werte verloren haben, wäre der Verlust des Kohlen- und Industrielandes Oberschlesien ein fast vernichtender Schlag für das deutsche Wirtschaftsleben. Oberschlesien ist das an Bodenschätzen reichste Land Europas. Von den Steinkohlevorräten in Deutschland entfallen auf Oberschlesien allein 22,7 Prozent. Das wird die Kohle ebenso notwendig brauchen wie das tägliche Brot, weiß heute jeder Deutsche aus eigener Erfahrung. Der Wiederaufbau Deutschlands, der unter aller höchsten Ziel ist, wäre ohne die Kohlenfänge Oberschlesiens nicht mehr möglich. Ihr Verlust würde unsere Industrie vernichten und die Arbeitslosigkeit ins Unermessliche steigern, die unermessliche Folge wären neue schwere innenpolitische Erschütterungen. Aber mit Oberschlesien würden wir nicht nur die unabdingbar notwendigen Kohlengruben verlieren, das Land hat auch eine hochentwickelte Huttenindustrie. Sie beschäftigt in ihren Hochöfen, Eisen- und Stahlgießereien, Walzwerken und Veredelungsbetrieben noch im Jahre 1919 gegen 55 000 Arbeiterfamilien. Ferner ist Oberschlesien der wichtigste Stützpunkt für die Eisen- und Metallindustrie. Fast unser ganzes Zinkaufkommen kommt aus Oberschlesien. In der Zink- und Metallindustrie waren im Jahre 1919 über 11 000 Arbeiterfamilien beschäftigt. Die Oberschlesische Frage ist eine Lebensfrage für Deutschland wie für jeden einzelnen Deutschen, sei er Arbeiter oder Beamter, Industrieller oder Kaufmann, Handwerker oder Angehöriger eines freien Berufes. Clemenceau hat einmal das hohlerklingende Wort ausgesprochen, daß 20 Millionen Deutsche zu viel auf der Welt seien. Es wird zu furchtbarer Wahrheit werden, wenn wir Oberschlesien verlieren. Darum ist es nicht allein die vaterländische Pflicht, sondern das ureigenste Interesse jedes Deutschen, seinen Teil dazu beizutragen, daß Oberschlesien deutsch bleibt. Jeder gebe einen Beitrag für die Oberschlesische Grenzkommission, die es den im Reiche wohnenden Oberschlesiern ermöglichen soll, an der entscheidenden Abstimmung teilzunehmen. Alle Väter, Sparasseln usw. nehmen Beträge in jeder Höhe entgegen. Möge auch die badische Grenzkommission gegen Weisung vorbildlich sein in der Erfüllung der nationalen Pflicht, in Opferwilligkeit und deutscher Treue gegen unsere schwergeprüften Stammesgenossen in Oberschlesien.

Mietsteigerungen.

Zu diesem Thema erhalten wir vom Volkshaus und Arbeitsekretariat folgende Zuschrift: Nach einer Bekanntmachung des Mietvereinsamtes Karlsruhe in den hiesigen Tageszeitungen sind Anträge auf Mietsteigerungen und Abänderungen in letzter Zeit so zahlreich eingelaufen, daß deren sachgemäße Behandlung eine längere Zeit beanspruchen werde. In der Annahme, daß eine weitere Anzahl noch nachfolgender Anträge und eine weitere Steigerung des Mietvereinsamtes entgegen werde, richtet das Mietamt dort, wo eine mäßige Steigerung gefordert wird und der Vermieter in der Lage ist, die Auslagen der letzten halben Jahres glaubhaft nachzuweisen, eine außerordentliche Verhandlung vorzunehmen. Soweit die Steigerung sich in einer mäßigen Grenze bewegt, wird man diesem Ersuchen des Mietvereinsamtes volles Verständnis entgegenbringen und die Befreiungen

auf gütliche Vereinbarungen unterstützen. In den meisten Fällen werden jedoch die Meinungen über die in Anrechnung zu bringenden Auslagen, sowie über die Grenze einer mäßigen Steigerung auseinander gehen, weil es unterlassen worden ist, allgemeine Richtlinien für die Berechnung des Mietpreises bekannt zu geben. Im Interesse einer allgemeinen, gleichmäßigen, dem Mieter und Vermieter Rechnung tragenden Mietzinsberechnung ist die Aufstellung von Richtlinien ein dringendes Bedürfnis. Solange dies nicht geschieht, kann dem Mieter nicht empfohlen werden, jeder Steigerung zuzustimmen, sondern müssen diese vielmehr von den hierfür geschaffenen Einrichtungen Gebrauch machen. Unter keinen Umständen sollten sich die Mieter durch etwaige Kündigungen verblüffen lassen. Kündigungen haben nur die Gültigkeit, wenn diese mit Zustimmung des Mietvereinsamtes erfolgt sind. In zweifelhaften Fällen werde man sich vertrauensvoll an das Volkshaus und Arbeitsekretariat, Blumenstraße 3, das jedermann unentgeltlich Rat und Auskunft erteilt.

Aus Baden.

Mannheim, 7. Jan. Der Schieferdecker Karl Müller aus Speyer stürzte hier bei Dacharbeiten ab und erlitt einen Bruch der Wirbelsäule und einen Schädelbruch, so daß er auf der Stelle tot war.

Baden-Baden, 7. Jan. Der seit einiger Zeit hier lebende Besitzer der 'Carlsruher Zeitung', Verleger Hofner, der das ehemalige Sanatorium Ebers käuflich erworben hatte, um eine Druckerei und Verlagsanstalt zu errichten, ist an einem Herzschlag gestorben.

Hofweier, 7. Jan. Der vor einiger Zeit neugegründete Turnverein erhielt von dem in Amerika lebenden früheren Hofweier Bürger Ehret zur Beifassung von Geräten die Summe von 10 000 M. zugeandt.

Freiburg i. Br., 7. Jan. Ueber den Raubmord im Amsterdamer Schnellzug wird noch berichtet: Der Ueberfallene ist der Gerichtsreferendar Walter Kälin aus Neuwied, der aus der Schweiz kam. Er schloß in seinem Alter, als er von dem Täter zwei wichtige Schläge auf den Kopf und über die rechte Schläfe erhielt. Nur seinem kräftigen Knochenbau hat es der Ueberfallene zu danken, daß er nicht als Beute vorgefunden wurde. Er hatte noch die Kraft, den Täter vor sich zu schießern, der mit seinem Kopf das Fenster an der Durchgangstür zertrümmerte. Die Untersuchung ergeben hat, kommt der als Begleiter Angegebene nicht als der Verleiher verdächtig in Betracht. Seine Unschuld ist zweifellos festzustellen.

Neustadt, 7. Jan. Im Bürgerauschuss ist es zu einem Konflikt gekommen. Das Bürgerauschussmitglied Schreiber hatte in einer der letzten Sitzungen erklärt, daß nur noch die Arbeiter ehrlich seien. Die Zentrumsfraktion stellte das Verlangen, daß Schreiber diese Behauptung zurücknehme. Dieser weigerte sich jedoch, worauf die Zentrumsmitglieder des Bürgerauschusses geschlossen die Sitzung verließen. Bürgermeister Winter stellte gegenüber Anträgen Schreibers fest, daß er nach der Gemeindeordnung dem Beschluß der Zentrumsfraktion gegenüber machtlos sei; zudem habe ja auch Schreiber schon mit dem Verlassen der Sitzung gedroht. Was ihm recht sei, wäre anderen billig. Der Bürgerauschuss war somit beschlußunfähig geworden. Die Angelegenheit wird dem Bezirksrat unterbreitet werden.

W. Wehr, 7. Jan. Aus einem Wren- und Goldwarengeschäft wurden 10 000 M. gestohlen. Der Spießbube konnte festgenommen werden.

Hanfen, 6. Jan. Die Neujahrstfeiertage waren für die Gemeinde wirkliche Familienfeiertage. Am Neujahrstage selbst feierte der Kriegere- und Militärverein das 25. Jubelfest seines Gründers und Ehrenvorsitzendes, Bürgermeister H. Schellinger, und mit ihm noch weitere 8 Herren, die vor 25 Jahren den Verein aus der Taufe hoben. Mit dieser Feier wurden noch 3 Mitarbeiter aus dem Gesichte des Gemeindevorstandes für Verdienste ununterbrochene treue Mitarbeit durch Verleihung einer hübschen Ehrenurkunde und prächtige silberne Medaillen ausgezeichnet. Abends fand die eigenartige Weihnachtsfeier des Kriegerevereins im Familienkreise statt, bei der die städtische Musikkapelle großen Anteil hatte. Am Sonntag wurde die Theateraufführung wiederholt.

Singen, 7. Jan. Der Stadtrat hatte gegen drei Eingewandte Bürger, die den Leiter des Wohnungsamtes wegen der Beschäftigung der Schuljugend erheben, Anträge wegen Beamtenbefreiung erhoben. Das Urteil lautete dahin, daß zwei der Angeklagten den Nachweis für ihre Beschäftigung erbracht hätten, während der dritte Angeklagte zu einer Geldstrafe von 10 M. verurteilt wurde.

Aus dem Stadtkreise.

Die Wetterlage.

(Mitgeteilt von der Badischen Landeswetterwarte am 7. Januar 1921.)

In der allgemeinen europäischen Wetterlage ist auch im Verlauf der letzten 8 Tage keine nennenswerte Änderung eingetreten. Für einen Wintermonat sind die derzeitigen Temperaturverhältnisse als recht ungemüßlich zu verzeichnen. Die milden, zum Teil frühlingmäßigen Temperaturen, die seit der Weihnachtswoche fast ununterbrochen geherrscht haben und zunächst auch noch weiter bestehen werden, hatten in Verbindung mit dem niedergegangenen Regen zur Folge, daß das Land eine Schneedecke aufzuweisen hat, wie sie um diese Zeit in den letzten 20 Jahren nur im Winter 1912/13 vorgekommen ist. In der letzten Woche ist nur auf den größeren Schwarzwaldhöhen Schneefall erfolgt; die dadurch eintreffende Neuschneebedeckung ist bereits wieder im Schwinden begriffen. Die Ursache der fortwährend milden Wetterlage ist dem Umstand zuzuschreiben, daß der Druck über Europa so verteilt ist, daß diese atlantische Luftwirbel im Norden von uns vorüberziehen und dabei dauernd von dem über Sibirien lagernden Hoch Luftmassen anjagen, die das ganze Festland mit warmer, südlicher Luft überfluten. Solange

nicht eine entschiedene Umgestaltung in der Druckverteilung eintritt, bleibt der milde Witterungscharakter weiter bestehen. Nach der heutigen Wetterkarte breitet sich zunächst ein Tiefstief vom Kanal her aus, ihm folgen vom Atlantischen Ozean her weitere Tiefdruckwirbel; es besteht daher auch heute noch keine Aussicht auf eine durchgreifende Umgestaltung der Druckverteilung.

Aus dem Badischen Frauenverein. Auf das Glückwunschschreiben des Badischen Frauenvereins an die frühere Großherzogin Luise aus Anlaß deren 88. Geburtstags, hat Großherzogin Luise durch ein Schreiben geantwortet, dem wir folgendes entnehmen: 'Je mehr die Zahl der Jahre zunimmt und je weniger es ihrer sind, die mir Gott noch bestimmt hat, um so mehr nur wächst in immer gleicher alter Treue die Dankbarkeit für diese Kundgebung, die mir so außerordentlich wertvoll, trostreich und wohlthuend ist. Möchten Sie alle davon überzeugt sein, daß mir Ihr Schreiben auch diesmal von tief empfundenem Vergnügen ist bei dem Eintritt in mein 88. Lebensjahr, eine Zahl, die in ihrer ersten vorwiegenden Bedeutung viel in sich schließt. Mein teurer Badischer Frauenverein ist und bleibt für mich auch jetzt unter den veränderten Verhältnissen und in meinem hohen Alter die unvergängliche Quelle eines freudreichen Mit-erlebens alles dessen, was für unsere badische Heimat ist und bleibt. Ich bin tief dankbar, auch weiterhin alles teilen zu dürfen, was ich befrüchte, und ebenso tief dankbar für das, was Sie alle in unermüdblicher Tätigkeit leisten und zielbewußt durchzuführen bestritten sind, trotz mancher Schwierigkeiten und mancher Sorgen, welche unsere Wirksamkeit hemmen.'

Todesfall. Der Direktor der Bad- und Schließgesellschaft, Major a. D. Hermann Petermann ist im 69. Lebensjahr gestorben. Mit seinem Tod ist der Gesellschaft ein empfindlicher Verlust entstanden, da der Dahingegangene seine reichen Erfahrungen und seine bedeutende Arbeitskraft seit 1908 in ihren Dienst gestellt hatte. An dem Ausbause des Unternehmens hat er so tatkräftigen Anteil, daß sein Aufblick in hervorragendem Maße seiner Wirksamkeit an danken ist.

Vom Verkehrsverein. Die Firma A. S. Somburg hat dem Verkehrsverein zur Unterstützung seiner gemeinnützigen Tätigkeit einen außerordentlichen Beitrag von 100 M. zugeandt. Es ist erfreulich, daß sich die Zahl derer, die dem Verein solche außerordentliche Beiträge zuzuwenden, ständig mehrt, denn er bedarf ihrer dringend, wenn er seinen der Stadt und ihrer Bevölkerung zu Gute kommenden Aufgaben gerecht werden will.

Ausweispassiere bei Wanderungen! Wie notwendig es in diesen bewegten Zeiten ist, selbst bei der harmlosesten Fußwanderung Ausweispassiere bei sich zu führen, zeigt ein Vorfall, der sich in einem Dorfe in der Nähe von Langenrainbach abspielte und der einem achtbaren hiesigen Mitbürger beinahe zu einer Nacht im Ortsarrest verholfen hätte. Der Betreffende hatte, auf einer sonntäglichen Fußwanderung begriffen, kaum das fragliche Dorf betreten, als er von einer Notte junger Burschen umringt, tätlich mißhandelt und unter der Verschuldigung, an einem in Drie begangenen Verbrechen beteiligt zu sein, aufs Bürgermeisteramt geschleppt wurde. Dori war es ihm auf Grund seiner Ausweispassiere natürlich ein Leichtes, seine völlige Schuldlosigkeit darzutun. Trotzdem konnte er, da der Bürgermeister nicht für seine persönliche Sicherheit der aufgeregten Menge gegenüber bürgen zu können glaubte, erst nach dem Erscheinen eines auf seine energischen Vorstellungen herbeigeholten Gendarmen seine Freiheit wieder erlangen. Die Angelegenheit wurde der Staatsanwaltschaft übergeben und es ist zu hoffen, daß die Schuldigen für ihre unbedachte und rohe Handlungsweise einen gehörigen Dankschuld erhalten.

Auf Wunsch teilen wir mit, daß der vor einigen Wochen unter dem Verdacht des Diebstahls verhaftete Altknecht Friedrich Ganz aus Daxlanden wieder freigelassen wurde, nachdem sich seine Unschuld herausgestellt hat.

Ein Zimmerbrand, der gestern abend gegen 7 Uhr die Feuerwache zum Ausrücken veranlaßte, war Dorfstraße 8, im 3. Stock des Hinterhauses entstanden. Hausbewohner und Wache lokalisierten das Feuer; doch ist durch Verbrennen von Mobiliar und Bekleidungsstücken empfindlicher Verlust entstanden. Die Brandursache ist unbekannt.

Verhaftet wurden: ein Kutscher aus Durlach wegen Diebstahls i. R., ein Hilfsarbeiter aus Straburg wegen Verdachts unerlaubten Handels mit Salvaren, ein Bergmann aus Konno und ein Tagelöhner aus Bietigheim wegen Betrugs.

Wegen Kartenschlagens gelangte eine in der Durlacher Allee wohnende Witwe zur Anzeige. Kleiderdiebstähle. In den letzten Tagen wurden aus den Garderoben zweier Tanzsäle Damenmäntel von bedeutendem Werte durch unbekanntes Täter entwendet.

Veranstaltungen.

Badisches Landestheater. Mitteilung der Generaldirektion: In der heute Samstag stattfindenden Benefizdarstellung von Molieres 'Schule der Frauen' sind in Hauptrollen beschäftigt die Damen Genter und Wegge, sowie die Herren Benedict, Dayer, Müller, Pöschel, v. d. Zent-Urlic und Unger. Die Spielleitung hat Herr Gers, der in der anschließenden Reichsfeier von Kießig, 'Der Brocken' zum ersten Male den Vorführer abzuwecheln wird. Neben ihm sind noch neu in ihren Auftritten Fräulein Waderle als Eve und Herr Gies als Kuppel. Spielleitung - Herr Kienker. - Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr.

Die Generaldirektion des Bad. Landestheaters hat Frau Doopy's dramatische Dichtung 'Der Freispruch' zur Aufführung angenommen. Die Aufführung des Werkes findet am 15. Januar statt. Langabend. Sammlere. Bei der heute Samstag, 7 1/2 Uhr, im Konzerthaus stattfindenden Langabend sei hiermit nochmals aufmerksam gemacht. Sammlere. Ziegler wird für Karlsruhe neue Lieder bringen, u. a.: die Romanzette (als Nebenerbenerbener) von Ziegler, 'Blüde' als Lied von Romanzette, 'Küsterleben' von Joh. Strauß, ferner den beliebten 'Nachtmarkt' und 'Bizzicatoposta' von Joh. Strauß. Karten in der Musikalienhandlung Fr. Doert. Der Karlsruher Turnverein 1846, G. B., ist der älteste unserer hiesigen Turnvereine. Im Laufe dieses Jahres kann er auf ein 75jähriges Bestehen zurückblicken. Dieser Mannverein in seiner Vereinsgeschichte neben dem A. L. B. 1846 einen Anlaß, 75 Jahre turnerischen Sports und

Wirkens trotz Ungunst der Zeitverhältnisse entsprechend zu würdigen und ein Fest in solcher oder feierlicher Weise in Aussicht zu nehmen. Seit Wochen schon sind deshalb fleißige Hände bei getreuer Arbeit vereint, um ein Jubelfest echt turnerischer Art in die Wege zu leiten, das der 75jährigen Wiederkehr der Gründung des A. L. B. 1846 gebührend Rechnung tragen soll. Soweit feststehend, wird die Feier Ende Mai bzw. Anfang Juni 1921 begangen werden. Weiteres, wie auch über den Verabgang der in Aussicht genommenen besonderen Veranstaltungen, wird an dieser Stelle und auch durch sonstige Veröffentlichungen bekannt gegeben.

Standesbuch-Auszüge.

Eheaufgebote. 6. Jan.: Kurt Armleder von Hamburg, Dipl.-Ing. hier, mit Margaretha Schimpf von Petershal; Karl Rehter von Frankfurt, Schlosser hier, mit Martha Speicher von Jentzen; Carl Schmidt von Riehl, Montan-Inspektor hier, mit Luise Adring von Erluri; Richard Landes von hier, Lehrer hier, mit Emma Fittel von Guntzen; Franz Herr von hier, Schlosser hier, mit Anna Saver von hier; Eduard Moser von hier, Architekt hier, mit Agnes Scheuplein von Tuloa.

Todesfälle. 6. Jan.: Rath. Freudenberger, alt 61 Jahre, Ehefrau von Wilh. Freudenberger, Rektor; Grta, alt 2 Jahre, Vater Jul. Böhm, Werkführer; Wilh. Kretschmar, Priv., Witwer, alt 74 Jahre.

Beerigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Samstag, 8. Januar. 11 Uhr: Sofie Gütling, Drudereibesitzerin-Gesetz, Ludwigs-Wilhelmstr. 11. - 11 Uhr: Elisabeth Schneider, Eisenbahn-Ehefrau, Jähringerstr. 63, Feuerbestattung. - 12 Uhr: Wilhelm Kretschmar, Priv., Kaiserstr. 82 a, Feuerbestattung.

Sozialpolitische Rundschau.

Verstärkung der Einheitsfront der Angestellten.

Man schreibt uns: Der im November 1920 erfolgte Zusammenschluß von vier Verbänden der kaufmännischen und technischen Angestellten zur Einheitsgewerkschaft G. D. A. (Gewerkschaftsbund der Angestellten) hat ansehnlich auf unsere Kreise gewirkt. Wie uns mitgeteilt wird, hat nun auch der Deutsche Metzlerverband mit dem Sitz in München-Gladbach seinen Austritt an den G. D. A. vollzogen.

Letzte Nachrichten.

Der Markkurs in Zürich.

(Eigener Drahtbericht.) Zürich, 7. Jan. Deutliche Schwankung: 100 Mark = 90 Geld und 910 Brief Franken.

Denunzianten im besetzten Gebiet.

(Eigener Drahtbericht.) w. Landau, 7. Jan. Das französische Kriegsgericht verurteilte den Jagdflieger Fröster in Gernersheim, der als leidenschaftlicher Sammler Waffen und Munition bei sich aufschleppte, zu 2 Jahren Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Der Verurteilte war von Deutschen bei der französischen Besetzung angezeigt worden.

Aus dem Saargebiet.

(Eigener Drahtbericht.) w. Saarbrücken, 7. Jan. Der Eisenbahnerverband der Saarbrücken veranlaßt gegenwärtig unter den Angestellten der Eisenbahnbetriebswerkstätten eine Vorabstimmung über die Frage der Gehalts- und Lohnzahlung nach Franken- oder Markwährung. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, ist die Abstimmung mit einer großen Mehrheit für die Beibehaltung der Markwährung als Zahlungsmittel ausgefallen.

Die amerikanische Kinderhilfe.

(Eigener Drahtbericht.) Paris, 7. Jan. Nach einer Hausbesprechung aus Washington erklärte Senator Hitchcock in einer Rede im Senat, Hoover habe durch seine Hilfsaktivität für die europäischen Länder das Leben von sechs Millionen Kindern gerettet.

Das Erdbeben in Argentinien.

(Eigener Drahtbericht.) Buenos Aires, 7. Jan. Laut 'Agencia Americana' sind die Nachrichten über die Erdbeben in Argentinien übertrieben. Die Zahl der festgestellten Toten beträgt 88 und der Verwundeten etwa 100.

München, 7. Jan. (Drahtmeldung unseres Korrespondenten.) Vom 11. bis 13. Januar wird im großen Hofsaal der Universität eine Tagung stattfinden: 'Das Münchener Kind nach dem Kriege'. An jedem Abend wird eine Anzahl Vorträge von ersten Schulmännern, Juristen, Soziologen u. a. stattfinden mit der Tendenz, die körperliche und geistige Not des hiesigen Geschlechts kundzugeben.

Paris, 7. Jan. (Eig. Drahtber.) Nach einer Hausbesprechung aus Athen wurde der vormalige Präsident des Kriegesgerichts in Athen, Oberst Katsaris, gestern, als er seine Wohnung betrat, ermordet. Der Mörder ist unbekannt.

Mailand, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Der gut unterrichtete Pariser Korrespondent des 'Secolo' schreibt: Im Falle einer französischen Ministerkrise hat eine Lösung mit dem Kammerpräsidenten Terret, mit Briand als Minister des Äußeren und Dumont als Finanzminister am meisten Aussicht.

Tagesanzeiger.

(Überes ist aus dem Anzeigenteil zu erlesen.) Samstag, den 8. Januar. Landestheater. 'Die Schule der Frauen' und 'Der zerbrochene Krug'. 7 Uhr. Karlsruher Puppenspiele. 'Lauden'. 7 1/2 Uhr. Konzerthaus. Langabend. Sammlere. Ziegler. 7 1/2 Uhr. Colosseum. Variete. 8 Uhr. Weltpanorama. 'Täfel'. 8 Uhr. Deutscher Offiziersklub. Vortrag General v. Francois: 'Die Schlacht bei Tannenberg'. Saal des Friedrichshofes 8 Uhr. Siedertranz. Bilder-Weihnachts-Stall im Vereinslokal. 8 Uhr. Verein der Hundesreunde. Hauptversammlung in der 'Eintracht'. Rheinclub Germania. Herren-Weihnachts-Abend in Maraz. 8 Uhr. Karlsruher Fußballverein. Monatsversammlung der Junoren. Sportplatz. 7 1/2 Uhr.

